

## Bezirksregierung Arnsberg genehmigt Probebohrung in Herbern

Geschrieben von: Administrator

Freitag, den 04. Dezember 2015 um 11:44 Uhr - Aktualisiert Sonntag, den 10. Januar 2016 um 19:13 Uhr

---

Die [Bezirksregierung Arnsberg genehmigt Probebohrung](#) nach unkonventionellem Erdgas in Ascheberge / Herbern / Nordick.

Liebe Freundinnen und Freunde, gerade ist bei mir die Mitteilung eingetrudelt, dass die Bezirksregierung Arnsberg die Probebohrung in Herbern / Nordick genehmigt. Dies stellt einen schwerwiegenden Rückschlag für unsere Bemühungen beim Kampf gegen Gasbohren im Münsterland und Deutschland dar. Denn hier wird nun der Weg zur Förderung von unkonventionellem Erdgas in Deutschland geöffnet! Wie geht es nun weiter? Aus meiner Sicht ist es keine Option, die Flinte ins Korn zu werfen. Eine Arbeitsgruppe hat bereits angefangen, über den Landesentwicklungsplan (LEP) der Zerstörung von Klima und Landschaft entgegen zu wirken über ein Verbot unkonventioneller Erdgasförderung. Das Fracking-Verbot soll ja über den LEP eingebracht werden. Doch wir wissen nun, dass das nicht ausreicht. Denn statt Fracking könnte ja überall nun auch das Verfahren von HammGas zum Einsatz kommen. Denn dies ist ja nun offensichtlich genehmigungsfähig und fällt nicht unter das Verbot im LEP. Zum anderen ist HammGas immer noch ein kommunales Unternehmen mit Beteiligung der Stadtwerke Hamm. Nun ist der Zeitpunkt gekommen, dass die Grünen in Hamm und im Land endlich Farbe bekennen und offen legen, was von den Sonntagsreden zu Klimaschutz und Bewahrung der Landschaft zu halten ist. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Grünen auf allen Ebenen sich klar gegen die Ausbeutung aller fossilen Energieträger in Deutschland positionieren. Hier muss nun ein klares 'Nein' folgen - in Hamm und im Land. Hilfreich wäre hier alleine schon, wenn die Beschlusslage der Partei umgesetzt würde, wie z.B. die Abkehr von fossilen Brennstoffen. SPD und CDU sind in diesem Zusammenhang als Wirtschafts- und Bergbaupartei für den Kampf gegen unkonventionelle Erdgasförderung nicht zu gebrauchen. Denn noch immer ist die Große Koalition in Berlin nicht fähig, ein Förderverbot für unkonventionelles Erdgas per Gesetz festzulegen. Diese Verweigerung von Regierungshandeln wirkt sich nun eben auch bis in die Kommunen aus, die nun als neue Bergbau-Gemeinden von dem Regierungsversagen betroffen sind. Für solche Fälle haben die Griechen Demokratie und Wahlzettel erfunden! Und das muss in den nächsten Wahlen auch Konsequenzen haben. Also - nach der Genehmigung ist vor der Genehmigung. Der Kampf sollte weiter gehen - und jetzt mit einer deutlicheren politischen Akzentuierung. Denn die Verantwortlichen für diese Entscheidungen sind nicht die Beamten in Arnsberg, sondern gewählte Politikerinnen und Politiker in Hamm, Düsseldorf und Berlin. Gruß Jürgen Blümer